Stand: 16.12.2025 00:45:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6217

"Sicherheitskonzept der Justiz im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6217 vom 21.04.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 22.04.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6800 des VF vom 23.04.2015
4. Beschluss des Plenums 17/7120 vom 18.06.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 18.06.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 21.04.2015 **Drucksache 17/6217**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Franz Schindler, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Sicherheitskonzept der Justiz im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel

Der Landtag wolle beschließen:

Vor dem Hintergrund der dienstlichen Teilabordnung von 104 Richterinnen und Richtern von Amtsgerichten des Landgerichtsbezirks München II an das Amtsgericht München und das Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen durch das Oberlandesgericht München und der vorgesehenen Abordnung von weiteren Richterinnen und Richtern im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel zum Zweck der Bewältigung justizieller Aufgaben im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel in Elmau wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag zu den nachfolgenden Fragen jeweils zu berichten:

1. Wie begründet die Staatsregierung die den Abordnungen zugrunde liegenden Erwartungen bezüglich eines etwaigen Dienstaufkommens der Richterinnen und Richter im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel?
2. Wie trägt die Staatsregierung dafür Sorge, dass die Voraussetzungen des Rechts auf den gesetzlichen Richter nach Art. 101 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes, Art. 86 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung, § 16 Satz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes transparent erfüllt werden?
3. Wie sieht das justizielle Sicherheitskonzept bezüglich des zu erwartenden Dienstaufkommens auch für die Staatsanwaltschaften und die Servicedienste (Schreibkräfte, Geschäftsstellen, Urkundsbeamte etc.) aus?
4. Wie hoch beziffert die Staatsregierung die sich aus den Abordnungen von Richtern und Staatsanwälten insgesamt entstehenden Mehrkosten für den Justizhaushalt?

Begründung:

Laut Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Ritter vom 13. April 2015 erfordere der G7-Gipfel in Elmau auch im Bereich der Justiz einen erhöhten Personaleinsatz. Gerichtliche Entscheidungen könnten insbesondere bei strafrechtlich relevantem Verhalten zur Klärung der Untersuchungshaft nach der Strafprozessordnung und für Freiheitsentziehungen auf Basis des Polizeiaufgabengesetzes erforderlich werden. Deshalb sollen Richterinnen und Richter sowohl an das Amtsgericht München, das grundsätzlich für Untersuchungshaft nach der Strafprozessordnung zuständig sein soll, als auch an das Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen, das bei einem Großteil der Fälle nach dem Polizeiaufgabengesetz örtlich zuständig sei, teilabgeordnet werden. Bisher seien durch das Oberlandesgericht München 104 Richterinnen und Richter, die von allen Amtsgerichten des Bezirks des Landgerichts München II stammten, vorsorglich teilabgeordnet worden. Insgesamt sei die Abordnung von ca. 110 Richterinnen und Richtern vorgesehen.

Die hohe Zahl der Abordnungen wirft die Frage auf, welches strafrechtlich relevante Geschehen die Staatsregierung im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel erwartet. Unabhängig hiervon muss das Recht auf den gesetzlichen Richter gemäß Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG, Art. 86 Abs. 1 Satz 2 BV, § 16 Satz 2 GVG jederzeit gewährleistet werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/6214 bis 17/6219 und 17/6232 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans-Jürgen Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Menschenwürde achten, Flüchtlingsdramen nachhaltig verhindern", Drucksache 17/6236, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 15, mit Nein haben gestimmt 90, enthalten haben sich 52 Abgeordnete. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 23.04.2015 **Drucksache 17/6800**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/**6217**

Sicherheitskonzept der Justiz im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Franz Schindler**
Mitberichterstatter: **Dr. Franz Rieger**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 33. Sitzung am 23. April 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 18.06.2015 **Drucksache** 17/**7120**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Franz Schindler, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**6217**, 17/**6800**

Sicherheitskonzept der Justiz im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

(E)	**einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
(G)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
(ENTH)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
(A)	**Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
(Z)	**Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

1. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Ehrenamtliches Engagement in der Arbeit mit Asylbewerbern und Flüchtlingen stärken!
Drs. 17/4514, 17/6660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Information der Eltern über Schulwege verbessern – Bayerische Wirtschaftsschule darf nicht vergessen werden
Drs. 17/5099, 17/6788 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualitativ hochwertige bayernweite Fahrgastinformation
Drs. 17/5192, 17/6802 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD
Barrierefreier Ausbau des Pegnitzer Bahnhofs
Drs. 17/5556, 17/6806 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Kathi Petersen, Dr. Linus Förster u.a. SPD
Humanitäre Hilfe im Mittelmeer
Drs. 17/5621, 17/6844 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Langsamfahrstellen beseitigen
Drs. 17/5638, 17/6807 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Auffangstation für Reptilien bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten unterstützen
Drs. 17/5714, 17/6846 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vielfalt und Staatsferne im ZDF-Fernsehrat
Drs. 17/5753, 17/6658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Biberproblematik endlich in den Griff bekommen – Allgemeinverfügungen erlassen
Drs. 17/5933, 17/6847 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fluglärm am Bayerischen Untermain
Drs. 17/5938, 17/6808 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Weiterentwicklung der Beruflichen Oberschule: Gemeinsame Beschulung von FOS-BOS-Schülern in Jahrgangsstufe 13 prüfen
Drs. 17/5952, 17/6789 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Modellversuch „Wirtschaftsschule ab der 6. Jahrgangsstufe“ öffnen und ausweiten
Drs. 17/5955, 17/6790 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ökonomisierung und Kommerzialisierung des Bildungsbereichs durch künftige internationale Abkommen wie CETA, TTIP und TiSA verhindern
Drs. 17/5958, 17/6787 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Berichtsantrag über die künftige Sicherstellung und Schaffung von Entsorgungskapazitäten für Erdaushub und Bauschutt in Bayern
Drs. 17/5971, 17/6848 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Pünktlichkeitskriterien im SPNV vereinheitlichen – mit nachvollziehbaren Regeln Kundenvertrauen stärken
Drs. 17/6019, 17/6809 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Pflege besser machen IV – Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige stärken!
Drs. 17/6028, 17/6814 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier u.a. CSU
Islamistische Radikalisierung von Strafgefangenen verhindern!
Drs. 17/6144, 17/6799 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Entnahme der Biber einheitlich regeln
Drs. 17/6148, 17/6850 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Sicherheitskonzept der Justiz im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel
Drs. 17/6217, 17/6800 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Prävention und Deradikalisierung im Umgang
mit islamistischen Terroristen im Justizvollzug
Drs. 17/5935, 17/6801 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z